

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2004



## Aus eigener Kraft, auf eigenen Füßen

„Der ist selbständig!“ Das war in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Auszeichnung gemeint. In diesen Jahren bekamen – und ergriffen – die Bürger der damaligen Bundesrepublik die Möglichkeit, einen neuen Wohlstand zu erarbeiten. Erst in den Sechzigern, und dann mit zunehmender Stärke in den folgenden Jahrzehnten, setzte sich jenes Lebensgefühl durch, das jenseits aller wohlverstandenen Solidarität im Kollektivismus und im parteiübergreifenden Konsens eine andere, ethisch bessere Form von Wirtschaft zu finden glaubte. Mancher hat sich nicht geschaut, dieses Lebensgefühl bis zur polemisierenden Hatz auf die Selbständigen zu steigern. Das damals negativ gezeichnete Bild der Selbständigkeit wirkt bis in die Gegenwart nach.

Die Reformdebatte, die nun Parteien und etablierte Interessengruppen aufmischt, führt zu einer neuerlichen Drehung um 180 Grad. Es wird offenkundig, dass der Staat pleite und eben nicht für alle Lebenslagen zuständig ist. Es wird erkennbar, dass der technische Fortschritt die Wirtschaftsstruktur weit fortführt von allen Ideen der sozialen Gleichmacherei. Beweglichkeit, Eigeninitiative, das Handeln auf eigene Rechnung kommen zu neuen Ehren.

Das geschieht langsam und nicht ohne Ausflüge in die ungewollte Sozialkomik der Ich-AG. Aber wichtig ist: es geschieht. So ist die Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Unternehmen noch aus dem Geist der Bevormundung in mitbestimmten Industriekomplexen geboren. Doch selbst dessen hartnäckigste Vertreter räumen ein, dass „natürlich“ die Selbständigen, die sich gerade auf den Weg machen, eine eigene Existenz aufzubauen, nicht zusätzlich belastet werden dürfen. Manche haben es begriffen: die Selbständigkeit gehört zu den Stützen eines verlässlichen Sozialstaats.

*Hans D. Barbier*

## Leben ohne Arbeit: Wunsch- oder Albtraum?

Nie wieder zur Arbeit – nahezu zwei Drittel der Beschäftigten in Europa finden diese Vorstellung äußerst verlockend. Der Wunsch, dem Arbeitsalltag zu entfliehen, scheint aber weniger durch Hektik und Überforderung am Arbeitsplatz hervorgerufen zu werden. Vielmehr steht das Streben nach Selbstverwirklichung im Vordergrund: Rund die Hälfte der befragten Arbeitnehmer träumt davon, jenseits aller beruflichen Verpflichtungen ihren Interessen nachzugehen. Nur etwa zehn Prozent gaben dagegen an, auf Grund von Stress und Überlastung dem Arbeitsleben den Rücken kehren zu wollen.

Im europäischen Vergleich hängen die italienischen und niederländischen Beschäftigten am stärksten dem Traum vom Leben ohne Arbeit nach. Knapp 70 Prozent der Arbeitnehmer in diesen Ländern fänden es erstrebenswert, nur das zu tun, was sie interessiert. Im Gegensatz dazu ist Arbeit für 43 Prozent der deutschen Arbeitnehmer eine Aufgabe, ohne die das Leben nur schwer vorstellbar ist.

[www.stepstone.de/ueberuns/default.cfm?link=poll\\_feb04](http://www.stepstone.de/ueberuns/default.cfm?link=poll_feb04)

## Gedämpfte Hoffnungen

Wer erinnert sich noch an Peter Hartz, der im Oktober 2002 meinte, wenn seine Re-

formvorschläge umgesetzt würden, könne man bis zum 30. Juni 2005 „zwei Millionen Jobs schaffen oder zwei Millionen Arbeitslose weniger haben“? Auch Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, hatte mit großen Zahlen für die Durchsetzung der Hartz-Reformen geworben. Vor einem guten Vierteljahr meinte er, dank Hartz könnte die Arbeitslosigkeit um 20 Prozent sinken. Mittlerweile sind alle Hartz-Gesetze für den Arbeitsmarkt in Kraft, die Hälfte der anvisierten Zeit ist abgelaufen, und die Arbeitslosenzahl pendelt um die 4,5 Millionen, während im Oktober 2002 3,9 Millionen Arbeitslose gezählt wurden.

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, sieht wenig Chancen, dass die Arbeitslosenzahlen so schnell und so deutlich sinken, wie von Hartz und Clement prognostiziert wurde. Sollte es in den nächsten Monaten zu einem Wirtschaftsaufschwung kommen, rechnet Weise bis Herbst 2004 zwar mit einem Rückgang auf vier Millionen Arbeitslose – doch das war's dann auch. Ein radikaler Abbau der Arbeitslosigkeit ist laut Weise langfristig unrealistisch. Eine „voll professionelle Arbeitsvermittlung“ könne die Quote allenfalls um einen Prozentpunkt senken, also von derzeit elf auf zehn Prozent.

Das könne ein Ziel sein, „das sich in ein paar Jahren erreichen lässt.“ Einen – wenn auch schwachen – Trost hat der Chef der Bundesagentur anzubieten: Zu einem Anstieg auf fünf Millionen Arbeitslose werde es nicht kommen.

## Mehr Wohngeld nötig

Wohngeld wird an Mieter und Wohnungseigentümer gezahlt, wenn die Miethöhe oder die „Belastung für angemessen großen Wohnraum“ die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert. Laut Statistischem Bundesamt erhielten in Deutschland zum Jahresende 2002 rund 3,1 Millionen Haushalte Wohngeld – acht Prozent aller privaten Haushalte. Bund und Länder gaben mit rund 4,5 Milliarden € fast zwölf Prozent mehr für das Wohngeld aus als im Vorjahr. Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg um zehn Prozent.

An knapp zwei Millionen Haushalte zahlte „Vater Staat“ allgemeines Wohngeld, weil ihr selbstverdientes Einkommen nicht ausreichte. Bei etwas mehr als einem Drittel der Wohngeldempfänger – 1,1 Millionen – lief das Wohngeld unter der Bezeichnung „besonderer Mietzuschuss“: Diese Haushalte erhielten bereits staatliche Zahlungen, zum Beispiel in Form von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge. Die Zahl derer, die weder aus eigenem Einkommen noch durch staatliche Transfers genügend Geld fürs Wohnen haben, steigt seit Jahren kontinuierlich.

[www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p1330084.htm](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p1330084.htm)

## Die Ausbildungsplatz-Umleger

**In Deutschland fehlen Ausbildungsplätze. Damit sich das Lehrstellen-Drama früherer Jahre 2004 nicht wiederholt, droht die Bundesregierung Unternehmen, die nicht ausbilden, mit einer Zwangsabgabe.**

Wirtschaftsverbände sind dagegen. Die Opposition ist dagegen. Ministerpräsidenten – egal, welcher Partei sie angehören – sind dagegen. Für Wolfgang Clement, den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, ist sie ein rotes Tuch: die Ausbildungsplatzumlage, die den herrschenden Lehrstellenmangel beseitigen soll.

Bundeskanzler Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Chef der SPD-Bundestagsfraktion, und die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen sind dafür. Sie meinen, man könne nicht länger tatenlos mit ansehen, dass Tausende Schulabgänger keine Chance bekämen, einen Beruf zu erlernen. Da die Wirtschaft nicht willens oder nicht in der Lage sei, genug Ausbildungsplätze anzubieten, müsse die Politik nachhelfen. Das heißt: Betriebe, die nicht oder nicht genug ausbilden, sollen zahlen; Firmen, die „mehr ausbilden als nötig“, werden finanziell belohnt.

### Wie viele Lehrstellen fehlen?

Im Ausbildungsjahr 2003 überstieg die Zahl der Bewerber die Zahl der angebotenen Lehrstellen um 20 000. Schließlich fanden sogar 35 000 Bewerber keinen Ausbildungsplatz. Die Differenz erklärt sich daraus, dass Bewerber und angebotene Ausbildungsplätze nicht immer zusammenpassen: Dem Schul-

abgänger in Potsdam, der Mechatroniker werden möchte, nutzt eine offene Lehrstelle als Fleischerei-Fachverkäufer in Stuttgart nichts. Daher bleiben Stellen unbesetzt, während gleichzeitig Jugendliche auf der Straße stehen.

Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit fehlten 2003 noch wesentlich mehr als 35 000 Ausbildungsplätze. Die offizielle Statistik erfasse nicht alle, die gern eine Ausbildung absolvieren würden. 46 700 Jugendliche stecken in berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und ähnlichen „Warteschleifen“. Der deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) weist darauf hin, dass sich viele Jugendliche nach erfolgloser Lehrstellensuche als ungelernete Hilfsarbeiter durchschlagen. Im vergangenen Jahr habe es laut DGB 200 000 betriebliche Ausbildungsplätze zu wenig gegeben.

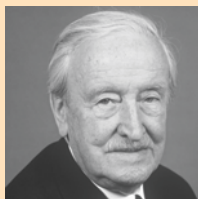
Die gesamtdeutschen Zahlen beschreiben das Problem aber ohnehin unzureichend, denn die Lage auf dem Lehrstellenmarkt unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. Während nach der offiziellen Statistik im wirtschaftlich starken Baden-Württemberg 2003 auf jeden nicht vermittelten Bewerber zwei unbesetzte Lehrstellen kamen, standen einer verfügbaren Lehrstelle in Brandenburg 24 Ausbildungswillige gegenüber. Dramatisch ist die Lage

auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen.

Die Unternehmen zögen sich immer mehr aus der Ausbildung zurück, monieren Regierung und Gewerkschaftsvertreter. Sie würden sich zunehmend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen und darauf vertrauen, dass sich der Staat um die Ausbildung von Fachkräften kümmern werde. Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) hat allerdings eine andere Erklärung für den Lehrstellenmangel: Dort wurde festgestellt, dass sich das Angebot an Ausbildungsplätzen in den vergangenen Jahren im Gleichschritt mit der übrigen Wirtschaftsentwicklung verändert hat. Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt spiegele die allgemeine Misere am Arbeitsmarkt wider. Unternehmen, die wegen der schlechten Auftragslage eher Mitarbeiter entlassen, als neue Stellen auszuschreiben, stellen eben auch weniger Azubis ein.

### Lehrstellen per Gesetz?

Den Untersuchungen des IWH zufolge hat das aktuelle Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt auch demografische Gründe. In den letzten Jahren haben insbesondere in den neuen Bundesländern relativ geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen. Bereits ab kommendem



„Finanzminister und Bankiers haben eins gemeinsam. Sie leben von anderer Leute Geld. Die Bankiers haben nur die unangenehme Aufgabe, es wieder zurückzuzahlen.“

Hermann Josef Abs, deutscher Bankier

Jahr werden die Bewerberzahlen sinken. Die Aussicht, dass demnächst alles besser wird, nützt allerdings dem nichts, der heute keinen Ausbildungsplatz findet.

Deshalb wollen SPD und Grüne die Unternehmen nun per Gesetz in die Pflicht nehmen; die rechtliche Grundlage dazu heißt im Politikerjargon „Berufsausbildungssicherungsgesetz“. Wenn die Wirtschaft zum 30. September nicht genug Lehrstellen ausgeschreiben hat, soll eine Umlage eingeführt werden. „Genug Lehrstellen“ heißt laut Gesetzentwurf der Bundesregierung: Die Zahl der angebotenen Stellen muss 15 Prozent über der Zahl der Interessenten liegen.

Unternehmen, die pro hundert Mitarbeiter weniger als

sieben Auszubildende beschäftigen, sollen zahlen. Ausgenommen sind Kleinbetriebe mit weniger als elf Mitarbeitern. Branchen wie die Bauindustrie, in denen eine entsprechende Ausbildungsquote per Tarifvertrag festgeschrieben ist, sollen komplett außen vor bleiben.

### Anreiz durch Umlage

Die Höhe der Ausbildungsplatzumlage soll sich danach richten, wie stark der jeweilige Betrieb die vorgeschriebene Ausbildungsquote unterschreitet und wie viele Ausbildungsplätze am Stichtag insgesamt fehlen. Je nachdem, wie viele Lehrstellen ein Arbeitgeber „schuldig geblieben“ ist, können Beträge von einigen Hundert bis zu meh-

rerer Millionen € fällig werden. Experten schätzen, dass sich die Belastung für die Wirtschaft auf über drei Milliarden € summieren könnte.

Betriebe, die ihr Ausbildungsoll übererfüllen, sollen pro Lehrstelle, die über dem vorgeschriebenen Kontingent liegt, einen Zuschuss von maximal 7 500 € bekommen. Das soll die Wirtschaft anspornen, mehr Auszubildende einzustellen.

Der Plan, Betriebe für gute Ausbildungsleistungen zu belohnen und solche, die sich nicht um den Nachwuchs kümmern, abzustrafen, klingt plausibel. Aber die Sache ist komplizierter, als sie zunächst erscheint. Zum Beispiel muss eine neue Behörde mit mehreren hundert Mitarbeitern aus dem Boden gestampft werden, die die Ausbildungsquoten aller betroffenen Unternehmen überwacht – ein enormer bürokratischer und finanzieller Aufwand.

### Ein absurdes Strategiespiel

Außerdem gibt es keinen vernünftigen Grund, sämtliche Unternehmen über einen Kamm zu scheren: Warum sollte die Ausbildungsquote in allen Branchen bei sieben Prozent liegen? In zukunfts-trächtigen Bereichen ist das zu wenig, in schrumpfenden Wirtschaftszweigen zu viel. Die Pauschalierung wird außerdem den regionalen Unterschieden nicht gerecht: Wieso sollte sich die Zahlungsverpflichtung der bayerischen Unternehmen danach richten, wie viele Lehrstellen in Mecklenburg fehlen? Zum Ausgleich regionaler Unterschiede

in der Wirtschaftskraft gibt es den Länderfinanzausgleich.

Vor allem aber: Warum sollten Betriebe, die bereits heute – aus eigenem Antrieb – viel ausbilden, dafür künftig mit Subventionen bedacht werden, während Firmen, die keine Lehrlinge beschäftigen, weil ihre Ertragslage zu schlecht ist, mit zusätzlichen Kosten belastet werden?

Eine Ausbildungsplatzumlage würde Unternehmen vermutlich zu folgendem Strategiespiel veranlassen: Zum Stichtag 30. September wird nur ein Teil der Ausbildungsplätze ausgeschrieben. Dann wird gewartet, wie hoch die Ausbildungsplatzabgabe ausfällt (deren Höhe ja davon abhängen soll, wie viele Lehrstellen am Stichtag fehlen). Danach wird entschieden, ob es günstiger ist, die Umlage zu zahlen oder weitere Azubis einzustellen. Das eigentlich Entscheidende, die zukünftige Deckung des Bedarfs an Fachkräften, gerät aus dem Blickfeld.

So gut Politiker und Gewerkschafter es mit Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz meinen: Eine Politik, die regionale Besonderheiten sowie branchen- und unternehmensspezifische Faktoren ignoriert, wird den Ursachen des Lehrstellenmangels nicht gerecht. Dass es sinnlos ist, Lehrstellen auszuschreiben, wenn kein echter Personalbedarf besteht, ist selbst den entschiedensten Verfechtern der Ausbildungsplatzumlage offenbar bewusst: Die Azubi-Quoten der Gewerkschaften Verdi und IG Metall liegen deutlich unter einem Prozent.

*Philipp Wolter*

### Lehrstellenbilanz 2003

	nicht vermittelte Bewerber	unbesetzte Lehrstellen	Bewerber pro unbesetzter Lehrstelle*
Brandenburg	2 776	114	24
Berlin	3 924	220	18
Thüringen	1 507	87	17
Sachsen	1 907	117	16
Mecklenburg-Vorpommern	1 959	180	11
Hamburg	656	83	8
Sachsen-Anhalt	657	128	5
Bremen	368	93	4
Hessen	4 077	1 203	3
Nordrhein-Westfalen	7 057	3 648	2
Niedersachsen	2 045	1 355	1,5
Rheinland-Pfalz	2 058	1 290	1,5
Saarland	498	339	1,5
Schleswig-Holstein	701	396	1,5
Bayern	3 541	3 031	1
Baden-Württemberg	1 266	2 556	0,5
<b>Alte Länder</b>	<b>22 267</b>	<b>13 994</b>	<b>1,5</b>
<b>Neue Länder und Berlin</b>	<b>12 748</b>	<b>846</b>	<b>15</b>
<b>Bundesgebiet</b>	<b>35 015</b>	<b>14 840</b>	<b>2,5</b>

\* gerundet

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung



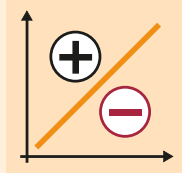
„Ich war vor 30 Jahren beim Übergang vom Eigentümer-Unternehmer zum Manager begeistert von dieser Entwicklung. Wenn ich mir heute manches anschau, dann hält sich die Begeisterung in Grenzen.“

Roman Herzog, Alt-Bundespräsident

## IM KLARTEXT

April 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im April 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung +

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung die Minijobs – geringfügige und kurzfristige Beschäftigungen mit einer Verdienstobergrenze von 400 € Brutto im Monat – gesetzlich neu geregelt. Geringe Abgabenlast sowie vereinfachte Verwaltungsvorschriften sollten Minijobs attraktiver machen.

#### Minijobs

Beschäftigungsverhältnisse	
	Dez. 2003
geringfügig	6 114 355
kurzfristig	799 211
in Privathaushalten	38 495
Summe	6 982 061

Quelle: Bundesknappschaft

Minijobs müssen bei der Bundesknappschaft angemeldet werden, die als zentrale Stelle alle bürokratischen Aufgaben erledigt (Einzug der pauschalierten Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitgebern; Annahme freiwilliger Sozialversicherungsbeiträge der Minijobber). Die erste Jahresbilanz der Bundesknappschaft fällt positiv aus: Ende

2003 waren rund sieben Millionen Menschen in einem Minijob beschäftigt. Das waren rund acht Prozent mehr als im Juni 2003 (rund 6,5 Millionen Beschäftigte).

Weniger Bürokratie und geringe Abgaben sind für Arbeitgeber und Beschäftigte offenbar gleichermaßen lohnend und attraktiv.

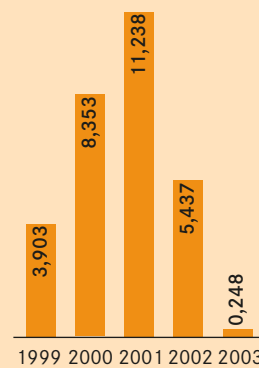
### Geldwertstabilität +

Weil der Bundesbankgewinn 2003 nur 248 Millionen € betragen hat – Finanzminister Eichel hatte 3,5 Milliarden € in seinen Haushalt eingeplant –, wollen manche Politiker den Goldbestand der Deutschen Bundesbank auflösen. 3 440 Tonnen Gold hat die Bundesbank in ihrem Besitz. Es erzielt durch bloßes Lagern keine Erträge. Würde der Goldschatz verkauft, könnten rund 28 Milliarden € Erlöst werden und in die Staatskasse fließen.

Dagegen wehrt sich die Bundesbank noch vehement. Schließlich ist sie nicht für die Haushaltsprobleme der Regierung zuständig. Sollte der Eindruck entstehen, dass die Bundesbank dem politischen

### Bundesbankgewinn

in Milliarden €



Quelle: Deutsche Bundesbank

Druck nachgibt, um Finanzprobleme des Bundes zu lösen, wäre das fatal für das Vertrauen in die Geldwertstabilität.

### Eigenverantwortung -

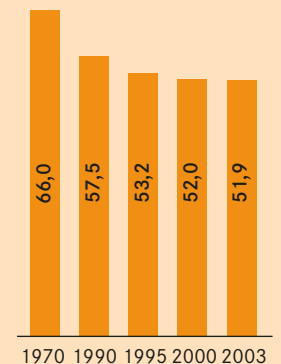
Von 100 €, die ein Unternehmer 2003 an Arbeitskosten zu zahlen hatte, bekam ein Arbeitnehmer knapp 52 € als Nettolohn ausgezahlt. Verantwortlich für den geringen Nettolohnanteil sind zum einen steigende Sozialbeiträge. Zum anderen ist auch die Belastung durch die Lohnsteuer

gewachsen. Sämtliche „Steuerreformen“ der letzten Jahre haben jeweils nur für kurze Zeit zu Entlastungen geführt. Über die so genannte „kalte Progression“, teilweise aber auch über direkte Steuererhöhungen, wurden diese Nettoentlastungen relativ schnell wieder aufgezehrt.

Angesichts steigender Abgaben bleibt vielen Arbeitnehmern kaum finanzieller Spielraum, um für die Wechselfälle des Lebens Eigenvorsorge zu treffen.

### Nettolöhne

von 100 € Arbeitskosten wurden netto ausgezahlt



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Minijob*